

**Dr. Sandra Detzer**

- (A) weiten Medienschlacht. In dieser Schlacht versuchen zum Beispiel russische Staatsmedien, Teile der republikanischen Parteien in den USA bis zur AfD hier im Bundestag, die öffentlich-rechtlichen Medien als Grundpfeiler unserer demokratischen Informationsgesellschaft anzugreifen und damit unsere Demokratie zu schwächen.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
So ist das! – Jörn König [AfD]: Hat keiner gesagt heute!)

In dieser Welt ist der Klimawandel nicht existent, und Donald Trump hat die letzte Präsidentschaftswahl gewonnen. Das sollten wir immer in Erinnerung behalten.

Wer hat all diesen Falschmeldungen hierzulande täglich mit akribischer Aufklärungsarbeit widerstanden? Wer hat Desinformation Fakten und Recherche gegenübergestellt? Das waren in ganz besonderem Maße die öffentlich-rechtlichen Medien, ARD, ZDF und all die vielen regionalen Fernseh- und Rundfunksender. Dafür an dieser Stelle vielen herzlichen Dank!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD und der  
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Die Zahlen des Eurobarometers machen Mut. Noch immer benutzen täglich 81 Prozent der Befragten das Fernsehen als wichtige Quelle, um sich zu informieren. 77 Prozent geben sogar an, es sei die Hauptinformationsquelle. 46 Prozent der Befragten benutzen das Radio, 40 Prozent davon auch das als Hauptinformationsquelle.

- (B) (Jörn König [AfD]: Sie wissen, dass es hier um Steuerrecht geht!)

Die jüngsten Zuschauerzahlen für die „Tagesschau“ um 20 Uhr in der ARD sind ermutigend. Diese Flaggschiffsendung erreichte 2022 im Durchschnitt jeden Tag 10 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Sie trägt dazu bei, dass täglich ausgewogen und

(Kay Gottschalk [AfD]: Ausgewogen? Aha!)

politisch unabhängig weltweit recherchierter Informationsstand transportiert wird.

(Zuruf des Abg. Kay Gottschalk [AfD])

Das ist wirklich eine gute Nachricht, auch wenn der Anteil sozialer Medien steigt. Ich glaube, dieser wichtige Sockelbeitrag der Öffentlich-Rechtlichen ist zu würdigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD und der  
Abg. Maximilian Mordhorst [FDP] und  
Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Ich verschweige an dieser Stelle nicht – es ist angesprochen worden –: Die Öffentlich-Rechtlichen stehen vor umfassenden Reformen. Die Debatte läuft. Trotzdem will ich schließen mit Jürgen Habermas, der in seinem jüngsten Werk pointiert festgehalten hat, worum es für unsere Demokratie eigentlich geht: Es ist keine politische Richtungsentscheidung, sondern – ich zitiere – „ein verfassungsrechtliches Gebot, eine Medienstruktur aufrechtzuerhalten, die den inklusiven Charakter der Öffentlichkeit und einen deliberativen Charakter der öffentlichen

Meinungs- und Willensbildung ermöglicht“. Die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten sind der Grundpfeiler genau dieser Medienstruktur. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der FDP sowie der Abg.  
Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Detzer. – Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Ungerechtfertigte Steuervorteile für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten abschaffen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/4993, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/4667 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die regierungstragenden Fraktionen, CDU/CSU und Linke. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Enthaltungen? – Keine. Dann ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 auf:

Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU

**Neustart für Schaustellergewerbe, Marktkaufleute und Zirkusse in Deutschland**

**Drucksache 20/4885** (D)

Für die Aussprache ist eine Dauer von 26 Minuten vereinbart.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, den Platzwechsel zügig vorzunehmen. – Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Gitta Connemann, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was verbinden Sie mit dem Begriff „Volksfest“? Für mich sind das gebrannte Mandeln, Zuckerwatte, das Kettenkarussell, übrigens auch der erste Kuss.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Was? – Oh, Entschuldigung.

(Heiterkeit)

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Unser Fest ist der Gallimarkt in Leer, Ihres sind vielleicht die Wiesn, der Dresdner Striezelmarkt oder das Schützenfest in Hannover. Es gibt über 10 000 Volksfeste in Deutschland und Abertausende von Märkten, zum Teil seit Jahrhunderten – weltweit einmalig –, getragen von unseren Schaustellerfamilien und Marktkaufleuten. Sie schreiben die Geschichten von Menschen und Regionen. Volksfeste und Märkte sind Teil unserer Kultur und übrigens auch harter Wirtschaftsfaktor und Mittelstand pur.

**Gitta Connemann**

- (A) Deshalb sind für unsere Fraktion Schausteller und Marktkaufleute relevant, systemrelevant.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber dann kam Corona. Für die Familienunternehmen bedeutete dies Dauerlockdown. Die Schausteller taten, was sie immer tun, sie suchten nach Lösungen: Einlassregelungen, alternative Volksfestformen, Hygienekonzepte wurden erarbeitet. Manche Minister vertrauten ihnen, zum Beispiel Karl-Josef Laumann für Soest, aber häufig kam die Absage.

Oben auf der Tribüne sind heute Vertreter des Deutschen Schaustellerbundes und des Bundesverbandes Deutscher Schausteller und Marktkaufleute zu Gast. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Sie könnten berichten, vor welchem Abgrund die Betriebe standen. Wir reagierten auf Bundesebene. Wir legten Überbrückungshilfen auf, auch Länder wie Niedersachsen unter Minister Bernd Althusmann. Es ging an die Substanz, und dennoch kamen die Betriebe zurück, machen weiter, obwohl die Rücklagen aufgebraucht sind; denn sie glauben an die Zukunft. Aber dazu brauchen sie Fairness, auch bei der Schlussabrechnung der Coronahilfen.

Die derzeitige Praxis ist unfair. In den Schaustellerfamilien ist die Selbstständigkeit zu Hause: Der eine betreibt eine Losbude, die andere eine Achterbahn, der dritte eine Eisbude. Jeder ist rechtlich selbstständig, und dennoch gelten sie als verbundenes Unternehmen. Bei keiner anderen Branche würde eine solche Vermutung angestellt. Diese Diskriminierung muss beendet werden.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Das ist eine von zwölf Maßnahmen, die wir mit den Betroffenen erarbeitet haben, im Bereich des Gewerberechts, des Steuerrechts, unter anderem im Bereich Fachkräftegewinnung, im Immissionsschutzrecht oder im Bereich des Tourismus. Es geht dem Grunde nach um die Wiederherstellung von Rechtssicherheit und Planungssicherheit.

Wir bitten Sie, liebe Ampel, unserem Antrag zuzustimmen, damit auch zukünftig der fröhlichen Lärm, der einmalige Duft und die Musik bleiben werden, und zwar dauerhaft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Connemann. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Sabine Poschmann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Sabine Poschmann (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf den Tribünen! Schön, dass

die Union ihr Interesse für die Schausteller entdeckt hat, und das – jetzt kommt's – zwei Jahre nach der Hochphase der Pandemie und in der Energiekrise. Es scheint mir doch eher eine Selbstinszenierung zu sein als Hilfe; (C)

(Michael Donth [CDU/CSU]: Eijejeje!)

aber wir sind hier nicht im Theater, sondern im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es stellt sich die Frage, warum Sie so spät mit diesem Antrag um die Ecke kommen;

(Michael Donth [CDU/CSU]: Wo ist denn Ihrer? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Sie waren doch auch an der Regierung!)

denn als die Coronahilfen konzipiert wurden, saßen Sie doch in der Schaltzentrale. Wer war denn zuständiger Minister? Das war der CDU-Minister Altmaier.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Michael Donth [CDU/CSU]: Und wer hat die Finanzen verwaltet?)

– Das werde ich Ihnen schon sagen. – Der Punkt ist doch: Der CDU-Minister war zuständig, und das war eine zähe Geschichte, die dauerte. Da musste Olaf Scholz als Finanzminister einspringen.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Er hat mit seinen Leuten Unterstützung geleistet. Ohne ihn – und das wissen Sie besser als ich, wenn Sie damals dabei waren – wären die Hilfen mit Sicherheit nicht so schnell und umfangreich ausgestattet worden. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es war die SPD, die sich für die Schausteller und Veranstalter eingesetzt hat. Wir waren immer im engen Austausch, haben uns auf Demonstrationen denen gestellt, die betroffen waren, und hatten nicht nur das Ohr, sondern auch das Herz bei den Schaustellern,

(Beifall bei der SPD)

und das zur richtigen Zeit und nicht Jahre später. Apropos Zusammenarbeit: Ich freue mich, dass aus meiner Heimatstadt Dortmund der Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Schausteller und Marktkaufleute, Patrick Arens, anwesend ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

2020 wurden die Hilfen also konzipiert und an die Besonderheiten der Schausteller angepasst. Natürlich kennen auch wir das Problem der Verbundunternehmen. Während auch hier Herr Altmaier beizeiten keine Lösung gefunden hat, werden wir handeln statt inszenieren.

(Beifall bei der SPD)

Das BMWK hat eine Lösung zugesagt, und dabei ist Ihr Antrag, liebe Union, eher kontraproduktiv.